

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 20. Oktober 2014

Verfasser: Pierre Rappazzo

### STEUERLICHE ABZUGSFÄHIGKEIT VON BUSSEN

**Beni Schwarzenbach** nutzte die Interpellation, um die Haltung der GLP darzulegen. Durch den Abzug vom "geschäftsmässig begründeten Aufwand" wird die Busse zum Teil vom Steuerzahler mitfinanziert, was ihrem Geist, nämlich die Bestrafung eines Fehlverhaltens, zuwiderläuft. Die Regeln zu diesem Thema sind momentan jedoch nicht klar (ein Bundesgerichtsentscheid existiert nicht) und die Meinung des Bundesrates ist, dass Bussen nicht steuerlich abzugsfähig sind. Aktuell sind auf nationaler Ebene mehrere Vorstösse hängig – im Kantonsrat konnte zu diesem Thema nur geredet, aber nichts beschlossen werden.

Die GLP hat sich schon immer für die verursachergerechte Kostenübernahme stark gemacht und kann die heutige, ungenügend geregelte Praxis nicht gutheissen. Diese soll rasch auf Bundesebene geregelt werden.

### TRANSPARENZ BEI STEUERPRIVILEGIEN FÜR UNTERNEHMEN

Die Motion wollte zwingende Transparenz mindestens über Umfang, Dauer und Branche/Tätigkeitsfeld bei Steuerprivilegien für Unternehmen schaffen. **Beni Schwarzenbach** legte die Meinung der GLP wonach wir nicht gegen Steuerprivilegien für Unternehmen als Massnahme zur Standortförderung sind, dass dieses Mittel aber nur sehr zurückhaltend und bei wichtigen Ansiedlungsentscheidungen von strategisch für den Standort Zürich wichtigen Firmen eingesetzt werden soll. Aufgrund der geringen Anzahl Firmen, die davon betroffen sind, wären Rückschlüsse auf einzelne dieser Firmen möglich. Tatsächlich wäre es so, aber was spricht dagegen? Im Gegenteil, es ist in öffentlichem Interesse, dass der Steuerzahler weiss, welche Firmen er durch Steuererleichterungen unterstützt und deshalb ist diese Transparenz angezeigt und ist höher zu werten, als der Persönlichkeitsschutz der Firmen durch das Steuergeheimnis. Nicht zuletzt wurde bei der Einführung dieses Instruments von der Regierung Transparenz versprochen. Dennoch wurde die Motion mit 73 Ja, 92 Nein nicht überwiesen.

### EIGNERSTRATEGIE FÜR DAS UNIVERSITÄTSSPITAL ZÜRICH

Die Parlamentarische Initiative verlangt eine Eignerstrategie, die durch den Regierungsrat jeweils für vier Jahre festgelegt wird. Vor der Verabschiedung der strategischen Ziele konsultiert der Regierungsrat die zuständige Kommission des Kantonsrates. Der Spitalrat sorgt für die Umsetzung der strategischen Ziele, erstattet dem Regierungsrat und dem Kantonsrat Bericht über deren Erreichung und stellt ihnen die zur Überprüfung notwendigen Informationen zur Verfügung.

Das Anliegen, dass eine Strategie vorliegen sollte wird gemäss **Eva Gutmann** auch von der GLP unterstützt. Diese Strategie wird sicherstellen, dass wir wichtige grundsätzliche Fragen nicht mehr am Rande von Einzelgeschäften diskutieren, sondern in einen Gesamtzusammenhang gestellt werden.

Die GLP unterstützt die PI vorläufig da wir eine Vorstellung haben sollten in welche Richtung es mit dem USZ gehen soll.

Die vorläufige Unterstützung ist mit 83 Stimmen zustande gekommen.